



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24881 - 83  
Fernschreiber 0686890

F/XIII/171 - 1. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	Verminderte Kriegsgefahr Bahnt sich Entspannung im Nahost-Konflikt an?	75
2 - 3	Sukarno an den Westen "Wir können Euch nicht als Wegbereiter der Zukunft ansehen"	92
4	Unsere freie Welt Ein Name, der zum Boykott führte	52
5 - 6	Tessisches Elternrecht - Eine Pioniertat Vorbildlicher Gesetzentwurf über die Mitbestimmung der Eltern	114

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Verminderte Kriegsgefahr

sp - Die dunklen Kriegswolken, die sich mit der anglo-amerikanischen Militärintervention im Vorderen Orient am weltpolitischen Horizont so gefährdend zusammenzogen, scheinen sich wieder zu verflüchtigen. Der Konfliktherd bleibt zwar bestehen, aber die Neigung, ihn mit kriegerischen Mitteln aus der Welt zu schaffen, schwindet in dem Grade, in dem die führenden Staatsmänner sich der Grösse des Risikos bewusst werden, das für alle Beteiligten in der militärischen Gewaltanwendung liegt. Die heftigen Anklagen und Gegenanklagen zwischen West und Ost spielen zwar in den Antworten und Gegenantworten noch eine grosse Rolle, aber auch hinter diesen wilden Worten, in deren Gebrauch Nikita Chruschtschow unzweifelhaft den Ton angibt, wird doch der Wille erkennbar, es nicht zum Äussersten kommen zu lassen. Hinter der Nebelwand gegenseitiger Beschuldigungen vollzieht sich der Aufmarsch zur Gipfelkonferenz. Zwar werden die Westmächte nicht als eine geschlossene Mannschaft ihren sowjetischen Gegenspielern entgegentreten, aber sie können heute unter etwas besseren Startbedingungen als noch vor zwei Wochen das Ergebnis einer Begegnung mit den Spitzenmännern des Krenl unternehmen.

Während die amerikanischen Landungstruppen unavtätig in Beirut und am Strand von Libanon verharren, entwickelte der diplomatische Vertreter Eisenhowers Murphy eine rege diplomatische Tätigkeit, die schon Früchte trägt. Die Wahl von General Fuad Schehab zum libanesischen Staatspräsidenten anstelle des verhassten Schamun ist ein diplomatisches Meisterstück, das wieder einmal lehrt, dass man mit Diplomatie noch immer mehr erreichen kann als mit Säbelgerassel und Kanonendonner. Es will in dieser Lage schon etwas heissen, wenn sogar ein Nasser, der unbestrittene Führer des arabischen Nationalismus, die Wahl Schehabs begrüsst, die er selbst als Kompromisslösung vor zwei Monaten vorgeschlagen hatte. Dazu kommt die ausdrückliche Erklärung der Vereinigten Staaten, sie würden ihre Truppen aus dem Libanon wieder zurückziehen, wenn dies vom neuen libanesischen Staatspräsidenten gewünscht würde - damit wollen sie ihre These bekräftigen, dass sie nicht gegen innenpolitische Veränderungen in einem Lande sind, sondern nur eingreifen, wenn die Unabhängigkeit eines Landes von aussen her bedroht ist. Diese These erleichtert es ihnen,

Ihr schwer angeschlagenes Prestige wieder etwas zurückzugewinnen und der russischen Propaganda den Boden zu entziehen, sie seien nur an der Aufrechterhaltung alter überlebter Regime interessiert.

Die Kette der Staaten, die die neue Regierung in Irak anerkennen, reißt nicht ab, auch das ist ein gutes Zeichen. Den neuen Männern des Irak liegt sehr viel an guten Beziehungen mit den westlichen Ländern, sie haben auch nicht die Absicht, die für den Westen so lebenswichtigen Ölzufahren zu sperren. Jede weitere Anerkennung Iraks macht es der sowjetrussischen Propaganda immer schwieriger, Bagdad einzuraden, seine Unabhängigkeit sei bedroht. Der Westen muss wiederum begreifen lernen, und schüchterne Ansätze eines solchen Vorstehens sind zu vermeiden, dass die Explosionen des Nationalismus in diesen Gebieten nicht ausschliesslich die Folge wohlbekannter ausländischer Einflüsse sind, sondern ihre Ursachen in den inneren Bedingungen dieser Länder selbst haben.

Ein Drittes kommt noch hinzu: von allen drei Westmächten, den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich, ist den Briten am meisten an einer Gipfelkonferenz gelegen; sie konnten sich am wenigsten mit Rücksicht auf ihre Commonwealth-Verbindungen dem Drängen Chruschtschows widersetzen. Die Regierung Macmillan war auch nicht in der Lage, durch eine Abstinenz eine wachsame Labour-Opposition herauszufordern. So trat sie in Washington in der Rolle eines Mahners und Antreibers auf und einem Dulles blieb nichts übrig, als notgedrungen zu folgen.

Die Welt rechnet mit einem Gipfeltreffen für Mitte August, und es ist nicht gerade von überragender Bedeutung, wo es abgehalten werden soll, in New York oder in irgendeiner Stadt Europas. Die Einigung über den Tagungsort und über Verfahrensfragen selbst ist allerdings noch kein Ersatz für eine in die Zukunft weisende Politik. Washington und London brauchen gewisse nicht mehr wie vor 14 Tagen mit schwerem Alpdrücken einer Begegnung mit Nikita Chruschtschow entgegenzusetzen, aber was sie bitter benötigen, um den zu erwartenden Propagandaansturm Moskaus auf diesem Treffen einigermaßen mit Erfolg abzuwehren, ist ein Neuüberdenken der Positionen, die sie zur gesamten arabischen Welt in der Zukunft einnehmen wollen. Sie werden, da Militärinterventionen sich als untauglich erwiesen, mit einem grosszügigen Wirtschafts- und Sozialprogramm aufwarten müssen, das mit dazu beiträgt, die sozialen und politischen Verhältnisse in diesem Teil der Erde zu stabilisieren und den arabischen Nationalismus als eigenständigen Faktor respektiert. Der Wortführer des arabischen Nationalismus wird man aber auch sagen müssen, dass ihr Ziel, in Frieden und Unabhängigkeit ihre eigene Welt zu gestalten, kaum zu erreichen ist, wenn dieses mit der Vernichtung Israels verbunden sein sollte.

Sukarno an den Westen

Der indonesische Staatspräsident Sukarno hat der britischen Zeitschrift "New Statesman" einen Brief zukommen lassen, der die Wirkungen der westlichen Atompolitik auf die Völker Asiens schildert.

Mit grösstem Interesse haben wir in Indonesien den Briefwechsel zwischen Earl Russel, Mr. Chruschtschow und Mr. Dulles verfolgt. Mit einiger Erleichterung beobachten wir auch das Anschwellen der Massenproteste in einigen der mit Wasserstoffbomben ausgerüsteten Länder. Nach meiner Meinung sollte auch die Stimme eines Asiaten zu diesem Thema gehört werden. Deshalb schreibe ich, wenn auch unaufgefordert, an Sie. Ich schreibe von Djakarta aus, einer Stadt Asiens, des Kontinentes, den man als Versuchsgelände für Atom- und Wasserstoffbomben ausgewählt hat.

Die Kriegsoffer der Atombombe waren Asiaten; es ist wissenschaftlich erwiesen, dass auch während der Friedenszeit die Opfer der Wasserstoffbombenversuche in der Hauptsache Asiaten waren. Es ist also höchste Zeit, dass auch asiatische Stimmen gehört werden. Es ist zwar wahr, dass die Wahl zwischen Leben und Atomtod nicht in unserer Hand liegt, aber wir haben zumindest das Recht und die Pflicht, unsere Meinung zu äussern und zu protestieren. Unsere Zukunft steht nicht weniger auf dem Spiel als Eure.

Als Mann, als Vater, als Asiate und als ein nach dem Ebenbilde Gottes geschaffenes menschliches Wesen bin ich erschrocken über den Zynismus derer, die mit Atomwaffen umgehen. Sie sprechen davon, die Formen ihrer Zivilisation zu retten, ihre Politik jedoch ist auf der Entschlossenheit gegründet, diese Zivilisation, wenn sie es für nötig erachten, zu zerstören. Und diese Zerstörung würde natürlich nicht auf sie selbst beschränkt bleiben. Es liegt in der Natur eines nuklearen Krieges, dass es bei einem solchen Zusammenstoss keine Neutralität geben könnte. Auch wir würden unweigerlich für den nuklearen Verbrennungsofen bestimmt sein, wenn Eure Zivilisation zugrundegehen sollte.

In seinem Brief an Sie hat Mr. Dulles darauf hingewiesen, dass der Glaube der Vereinigten Staaten auf den Grundsätzen des Moralgesetzbuches beruht. Ich akzeptiere das vollkommen, genauso wie ich die grosse politische und gefühlsmässige Stosskraft der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und des Kommunistischen Manifestes akzeptiere. Was aber nicht hingenommen werden kann, ist eine vorsätzliche Verdrehung des Moralgesetzes, eine Perversion, deren Folgen auf die

Ungefragten und Ungehörnen zurückfallen.

Es muss anerkannt werden, dass die beiden führenden Atomkräfte darauf vorbereitet sind, einen Atomkrieg in Verteidigung dessen zu führen, was sie für ihre lebenswichtigen Interessen halten. Beide sind entschlossen, dem anderen keine Führung in der Vergeltungs- oder Offensivkraft zuzugestehen. Das ist eine Tatsache des politischen Lebens. Diese Situation wird andauern, solange ihre Ideologien am Leben bleiben.

In dieser Lage sind wir in Asien nur Bauern auf dem Schachbrett. Wir haben, und dafür bin ich dankbar, keine Atombomben. Indessen wäre es sehr unweise, die Meinung Asiens unberücksichtigt zu lassen. In aller Aufrichtigkeit sage ich Ihnen, dass wir in zunehmendem Masse Groll über die gegenwärtige Lage empfinden. Asiaten sind die Hauptopfer des Versagens des Westens und seines moralischen Bankrotts.

Der Westen sieht sich einer moralischen Krise gegenüber. Wenn es überhaupt noch künftige Generationen geben wird, was wird deren Urteil über diese zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sein? Es gibt nicht den geringsten Zweifel, dass die Versuche mit diesen Schreckenwaffen, ganz zu schweigen von ihrer Anwendung, bereits Opfer gefordert haben, deren Zahl vermutlich in die Zehntausende geht, schon Geborener und noch Ungeborener. Ihr habt Euch Kräfte angemasst, die rechtens dem Allmächtigen zustehen. Ihr habt bereits dafür gesorgt, dass sich die Sünden der Väter - Eure Sünden - an Kind und Kindeskindern rächen werden. Glauben Sie mir in diesem Zusammenhang, dass wir in Asien Euch nicht als Retter der Zivilisation oder als Wegbereiter der Zukunft ansehen. Wir sehen Euch als Agenten des Todes - unseres Todes.

Ich schreibe diesen Brief gelegentlich einer Anti-Atombomben-Woche in Indonesien. Schon haben sich vor meinem Regierungsgebäude Tausende von Menschen versammelt. Glaubt nur nicht, es seien Kommunisten oder kommunistische Strohpuppen. Es sind ordentliche Leute, die um ihre Zukunft besorgt sind und sich nur wünschen, dass ihr einfaches Leben und ihre Hoffnungen nicht zerstört werden durch Fehler, die nicht etwa von ihnen selbst, sondern von ganz anderen, weit entfernt sitzenden Leuten begangen werden, denen sie keinerlei Dank schulden. Diese Anti-H-Bomben-Woche ist in Zusammenhang mit der Versuchsreihe in Eniwetok veranstaltet worden. Das gehört, am "fallout" gemessen, zu unserem Hintergarten. Wieviel Asiaten werden infolge dieser Versuche wieder sterben?

In aller Schärfe streiten wir dem Westen das Recht ab, uns und unsere Zukunft zu gefährden. Wir streiten Euch das Recht ab, unsere Kinder krebkrank zu machen. Es ist höchste Zeit für den Westen, den kommunistischen wie den antikommunistischen gleichermaßen, zurückzuweichen vor dem Abgrund eines totalen moralischen Bankrotts. Es kann keine Rede davon sein, dass der Westen die moralische Führung Asiens übernimmt. Eure moralische Führungsrolle hat für uns zuerst Kolonialismus bedeutet und jetzt den philosophischen, moralischen, politischen und sozialen Bankrott in einem nuklearen Wettrennen.

Die Tausende von Menschen, die sich jetzt vor dem Merdeka-Palast versammeln, mögen politisch ungebildet sein (obwohl keineswegs mehr als eine normale Massenversammlung im Westen), aber sie sind keine Narren. Sie sind dabei, zu erwachen.

Ihr im Westen schafft immer neue Angründe innerhalb der Menschheit. Jed Ihr verliert die Schlacht um Herzen und Hirne der Menschen.

### Unsere freie Welt

- ee - Ein Mann namens G.W. lebte in unserer freien Welt seines verdienten bundesrepublikanischen Ruhmes als Pianist, als Begleiter prominenter Sänger und als Dirigent froh, friedlich und unangefochten. Es schien, als könnte dem braven Manne in unserer freien Welt nichts passieren. Aber dann passierte es ihm doch, dass er vor einem guten Jahr mit ultrarechten "Kräften" kollidierte, die als alterprobt Kämpfer aus den Tagen des Dritten Reiches in der Stadt, in der G.W. wirkte, ihr aus Steuergeldern finanziertes Ruhegehalt verzehren und wieder wie einst Musik- und Kulturpolitik treiben wollten. Deshalb musste G.W. die Leitung des Städtischen Symphonieorchesters niederlegen.

Dies geschah in Göttingen, der Stadt des "Göttinger Manifestes" der atomprotestierenden Professoren und der "Göttinger Kantate", die zu Beginn des Stuttgarter Bundesparteitages der SPD aufgeführt worden war.

An dieser Kantate scheiterte der Weg des schon von ultrarechts angeschlagener Mannes G.W., denn plötzlich wurden ihm in unserer freien Welt unerwartete und für ihn unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Städte, in denen er bislang als Gastdirigent gern gesehen war, winkten ihm kühl ab; Rundfunkanstalten erhielten Protestbriefe, man möge doch einen politisch so exponierten Mann nicht länger mehr beschäftigen; und das Bonner Auswärtige Amt lehnte den Zuschuss für eine Auslandstournee des Kammerorchesters ab, das G.W. dirigiert.

Dabei ist dieser G.W. - so berichtet die "Welt", deren Meldung wir zum Teil auch in der Diktien folgen - ohne Schuld und Fehl. Er ist nur verdammt, einen Namen zu tragen, der - man lese es an dem Strafdonnerwetter ab, das auf G.W. niedergeht! - in unserer freien Welt seit Stuttgart offenbar verfeimt und verteufelt ist: Günter Weisenborn. So heisst der Musiker aus Göttingen, und damit fast bis auf den Buchstaben genau so wie der Schriftsteller Günter Weisenborn, der die "Göttinger Kantate" des Stuttgarter SPD-Parteitages geschrieben hat. Und weil die Mächtigen in unserer freien Welt den Günter Weisenborn mit dem Günter Weisenborn verwechselten, wurde dem Günter Weisenborn für den Günter Weisenborn der Goldhahn abgedreht und der Dirigentenstab aus der Hand geschlagen.

Dies geschah in unserer freien Welt, wie die "Welt" berichtet. Wie hätte diese freie Welt aufgeschrieben, wenn dieses Schicksal einem Dirigenten und Pianisten von immerhin Günter Weisenborns Grad in einem Lande des unfreien Ostens geschehen wäre! Seitenlang hätten die Gazetten, vor allem die konformistischen Blätter, die Günter Weisenborns (nicht des Dirigenten!) "Göttinger Kantate" - mag sie nun künstlerisch wertvoll sein oder nicht - als Infiltration der sed-istischen Politikultura verdammt hatten, wie hätten diese Zeitungen spaltenlang mit dem Finger auf die uniformen Geist- und Meinungsfreiheitstötter im unfreien Osten hingewiesen!

Unsere freie Welt aber ist gottsdank nicht so. Hier in der Welt der Geistes- und Meinungsfreiheit und der ungesteuerten Kultur macht man das ganz anders. In unserer freien Welt wird der Sünder, der sich nicht dem Reglement dieser freien Welt fügt, vor der schlechenden Feme aus den Segnungen der freien Welt hinausgedrückt - auch wenn er nur so heisst wie der Günter Weisenborn, den man eigentlich treffen und strafen wollte. + + +

## Hessisches Elternrecht - Eine Pioniertat

"Ziel der Erziehung ist, den jungen Menschen zur sittlichen Persönlichkeit zu bilden, seine berufliche Tätigkeit und die politische Verantwortung vorzubereiten zum selbständigen und verantwortlichen Dienst am Volk und der Menschheit durch Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit." So heisst es im Artikel 56 der Hessischen Verfassung. Diese Worte sind auch Leitgedanke des Gesetzes über die Mitbestimmung der Erziehungsberechtigten; denn der Erziehungsauftrag, so hiess es in der Begründung, die der Minister für Erziehung und Volksbildung seinem Entwurf anfügte, ist gemeinsame Aufgabe von Eltern und Lehrern. Ihn zu erfüllen, sei nur durch geregelte Zusammenarbeit möglich.

Bisher, so hiess es, hätten die Elternbeiräte an den hessischen Schulen bereits Wertvolles zu diesem Ziel beigetragen. Das Gesetz diene nunmehr dazu, die schon erzielten Erfolge weiter auszubauen. Allerdings, erklärte das Kultusministerium, könne das Gesetz nur einen Rahmen schaffen, der durch die lebendige Anteilnahme beider Erziehungspartner ausgefüllt werden müsse. Erst das ständige geistige Bemühen um diesen Erziehungsauftrag sei dazu angetan, eine wirkliche Schulgemeinde entstehen zu lassen. Um die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, soll sie nicht nur an den einzelnen Schulen, sondern auch in den Landkreisen, in den kreisfreien Städten und in der Ministerialinstanz gefördert werden. "Dieser Gedanke liegt dem Landesschulbeirat zugrunde, der nicht nur den Erziehungsberechtigten, sondern auch Lehrern und anderen am Erziehungswesen interessierten Persönlichkeiten Gelegenheit geben soll, ihre Ansichten zu den grundsätzlichen Fragen der Schule zu äussern und den Minister zu beraten", erklärte das Kultusministerium in Wiesbaden. "Der Landesschulbeirat soll sich als Stätte des lebendigen Meinungsaustausches entwickeln und die verschiedenen Anliegen an die Schulen zu einem sinnvollen Ausgleich bringen.

### Das Urteil des Gerichtshofes

In seinem Urteil vom 18. Februar 1958 hat der Staatsgerichtshof des Landes Hessen festgestellt, die Verfassung gewähre die Mitbestimmung der Eltern nicht nur an Einzelschulen, sondern schreibe sie auch für zentrale Massnahmen, soweit sie das Unterrichtswesen berührten, vor. Ausgenommen sind also Fragen, die durch das Schulkosten- und Schulverwaltungsgesetz geregelt werden. Der Staatsgerichtshof bescheinigte ausdrücklich, dass der Verfassungsgesetzgeber bei der Bestimmung des Artikels 56, Abs. 6, die inneren Ziele von Erziehung und Unterricht im Auge gehabt hat, nicht jedoch diejenigen Akte der Schulverwaltung, die die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für einen geordneten Schulunterricht schaffen."

Nach dem Gesetz über die Elternmitbestimmung gibt es anhörungsbedürftige und zustimmungspflichtige Angelegenheiten. Jedoch dürfe eine Verweigerung der Zustimmung durch die Elternbeiräte nicht die staatliche Verwaltung lahmlegen. Das Kultusministerium verwies darauf, dass es verfassungsrechtlich nicht zulässig sei, Konflikte, die zwischen Schulbehörde und den Mitbestimmungsorganen entstehen, durch eine neutrale Schieds- oder Einigungsstelle zu bereinigen. Die Verfassung des Landes Hessen lasse es nicht zu, dass Entscheidungen in staatlichen Angelegenheiten einem nichtstaatlichen Organ übertragen würden. Die letzte Entscheidung über zustimmungspflichtige Massnahmen, in denen das Mitbestimmungsorgan seine Zustimmung verweigere, verbleibe daher bei der staatlichen Verwaltung. Zunächst muss aber, nachdem der Landeselternbeirat seinen Beschluss schriftlich begründet hat, eine sechswöchige Frist verstreichen, ehe das Thema erneut erörtert werden kann. "Wird die Zustimmung wiederum

verweigert, entscheidet der Minister endgültig. Hat der Landeselternbeirat den zweiten ablehnenden Beschluss mit mehr als zwei Drittel der Zahl seiner gesetzlichen Mitglieder gefasst, so kann der Minister eine gegenteilige Entscheidung erst nach Beratung innerhalb der Landesregierung treffen", lautet der § 22 Abs. 2 des Gesetzes.

#### Beiräte auf Orts-, Kreis- und Landesebene

Das Gesetz hat folgende Mitbestimmungsgremien geschaffen: Klassenelternbeiräte, Schulelternbeiräte, Schulgemeinden, Kreis- und Stadtelternbeiräte, den Landeselternbeirat und den Landeschulbeirat.

Die Zustimmung des Schulelternbeirats ist notwendig bei der Aufstellung der Schulordnung, bei der Gestaltung des Unterrichtswesens der Schule, wenn von allgemeinen Richtlinien versuchsweise abgewichen werden soll und bei Massnahmen, für die durch das Gesetz oder auf dem Verwaltungsweg eine solche Zustimmung vorgeschrieben ist, Ausserdem muss der Schulleiter den Elternbeirat anhören, bevor er Massnahmen trifft, die für das Schulleben von allgemeiner Bedeutung sind. Der Schulleiter unterrichtet auch den Elternbeirat über alle wesentlichen Angelegenheiten des Schullebens, während der Schulelternbeirat seinerseits der Mitbestimmung unterliegende Massnahmen vorschlagen kann.

Der Stadt- oder Kreiselternbeirat wird von den Vertretern der Schulelternbeiräte der Landkreise oder kreisfreien Städte für zwei Jahre gewählt und besteht aus höchstens 11 Mitgliedern. Alle vorhandenen Schulformen müssen in ihm vertreten sein.

Delegierte der Kreis- und Stadtelternbeiräte wählen sodann den Landeselternbeirat, der sich aus 15 Mitgliedern zusammensetzt, und zwar aus vier Mitgliedern, die nicht als Vertreter einer bestimmten Schulform gewählt werden, ferner drei Vertretern der Volksschulen, einem der Mittelschulzüge, einem der Sonderschulen, einem der Mittelschulen, zwei Vertretern der Gymnasien, einem der Privatschulen und wiederum zwei der berufsbildenden Schulen.

#### Wichtige Aufgaben der Landesbeiräte

Die Zustimmung des Landeselternbeirats ist notwendig bei Beschlüssen über allgemeine Bestimmungen der Bildungswege und Bildungsziele, namentlich der Bildungspläne und Prüfungsordnungen, soweit sie das Unterrichtswesen der Schulen gestalten. Ferner: Bei allgemeinen Bestimmungen, welche die Aufnahme in weiterführende Schulen, die Auslese in den Schulen und die Übergänge zwischen den Bildungswegen regeln; bei allgemeinen Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln und bei allgemeinen Schulordnungen. Der Landeselternbeirat ist ausserdem anzuhören bei der Aufstellung von Richtlinien über Umfang und Ausgestaltung der Schulgrundstücke und Schulbauten, über Einrichtung der Schulräume, über die Ausattung der Schulen mit Lehrmitteln und Büchereien.

Der zwanzigköpfige Landeschulbeirat setzt sich aus den Mitgliedern des Landeselternbeirats sowie aus einem Kreis von Lehrern und anderen am Erziehungswesen interessierten Personen zusammen, die vom Kultusminister auf zwei Jahre berufen werden. Dieser Beirat, dessen Mitglieder nicht an Weisungen gebunden sind, soll den Minister bei wichtigen schulischen Massnahmen beraten. Er wird jeweils vom Minister einberufen, die Sitzungen werden von diesem oder einem Beauftragten geleitet.

Experten haben bereits bestätigt, dass das Land Hessen mit der Schaffung seines Gesetzes über das elterliche Mitbestimmungsrecht in Erziehungsfragen eine Pioniertat vollbracht hat. Kein anderes Land der Bundesrepublik hat bisher so weitgehende rechtliche Bestimmungen erarbeitet, die den Eltern eine derartige Einflussnahme auf die Fragen des Schulwesens einräumen.